

## **&lt;p&gt;&lt;strong&gt;Söder plant: Mehr Flüchtlinge in bayerische Städte - Bürgermeister warnen&lt;/strong&gt;&lt;/p&gt;**

Bayerns Ministerpräsident Söder plant, Städte stärker in die Flüchtlingsaufnahme einzubeziehen, stößt jedoch auf Widerstand von Städten und Bürgermeistern.

In den letzten Monaten ist die Debatte um die Unterbringung von geflüchteten Menschen in Bayern verstärkt in den Fokus gerückt. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) plädiert für eine Neuausrichtung der Zuständigkeiten, die vor allem eine Verlagerung der Verantwortung von ländlichen in städtische Gebiete zur Folge haben könnte. Doch viele Bürgermeister und der bayerische Städtetag äußern erhebliche Bedenken.

### **Kritik von den Städten: Kapazitäten sind begrenzt**

Der Präsident des bayerischen Städtetags, Markus Pannermayr (CSU), warnt davor, dass die Vorschläge Söders längst bestehende Probleme in den Städten verschärfen könnten. Der Städtetag sieht die Aufnahmekapazitäten in vielen urbanen Gebieten als bereits erschöpft an. Pannermayr erklärt, dass die Integrationsfähigkeiten der Städte stark von der Verfügbarkeit von Wohnraum, Bildungs- und Betreuungsangeboten abhängen, die in den großen Städten oft überlastet sind.

### **Überlastung der Städte: Gefahr von Ungleichgewichten**

Augsburgs Oberbürgermeisterin Eva Weber machte deutlich, dass die Sorge vor einer Überlastung groß sei. Ihrer Meinung nach könnte eine Neuordnung des Verteilschlüssels dazu führen, dass Großstädte wie München und Nürnberg aus der Verantwortung entlassen werden, während kleinere Gemeinden die Last tragen müssen. „Augsburg erfüllt bereits fast 124 Prozent der geforderten Quote“, so Weber. Ähnlich sieht es in Nürnberg aus, wo die Unterbringungsquote 136 Prozent beträgt. „Wir müssen darauf achten, dass sich keine Stadt herauszieht“, betont Oberbürgermeister Markus König.

## **Proteste gegen Asylunterkünfte auf dem Land**

Parallel dazu sind in ländlichen Regionen immer wieder Proteste gegen die Einrichtung von Asylunterkünften zu beobachten. In Orten wie Rott am Inn und Warngau lehnten Bürgerinnen und Bürger neue Unterkünfte ab. Diese Ablehnung zeigt, dass die Vorbehalte gegen die Unterbringung von Geflüchteten in kleinen Gemeinden tief verankert sind.

## **Wohnen in den Städten: Ein drängendes Problem**

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt in bayerischen Großstädten ist angespannt. Der Zensus von 2022 belegt, dass Städte wie München und Nürnberg signifikant niedrigere Leerstandsquoten aufweisen als der bayerische Durchschnitt. Trotz der großen Anteile der Zuwanderung sind viele städtische Wohnungen bereits besetzt. In ländlichen Gebieten hingegen sind die Anteile eingewanderter Menschen vergleichsweise gering.

## **Ein plädoyer für transparente Zahlen**

Der Präsident des bayerischen Gemeindetags, Uwe Brandl (CSU), fordert von der Staatsregierung eine umfassende

Offenlegung der Zahlen zur Unterbringung in den Kommunen. Es sei entscheidend, belastbare Daten zu erhalten, um Lösungsansätze zu realisieren, die sowohl den Bedürfnissen der Geflüchteten als auch der einheimischen Bevölkerung gerecht werden.

Die Diskussion um die Verteilung und Unterbringung von geflüchteten Menschen in Bayern verdeutlicht einen umfassenden gesellschaftlichen Trend, der ein erhöhtes Bewusstsein für die Herausforderungen der Integration und die Fragen des Wohnraums mit sich bringt. Gerade in Zeiten, in denen viele Menschen in Krisenrechtsschutz suchen, müssen sowohl die Stadt- als auch die Landgemeinden eine gemeinsame und tragfähige Lösung finden.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**